

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Migration am 22.04.10

Sitzungsort: A 013

Beginn der Sitzung um 18.05 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.40 Uhr.

Vorsitz führte: Jung

Stimmber. Mitglieder

<input checked="" type="checkbox"/>	Dr. F. Immenkeppel	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Simons	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Stilz (stv. Vors.)	CDU
<input type="checkbox"/>	Dr. Dahm	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Kirf (SK)	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Merscheid (SK)	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Falkenstein (SK)	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Jung, H. (Vors.)	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Weitz	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Rader (SK)	SPD
<input type="checkbox"/>	Niclasen	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/>	vom Hagen, A. (SK)	Grüne
<input type="checkbox"/>	Wehr	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	Bohlken	fw/bVb
<input type="checkbox"/>	Behr (SK)	LINKE

Beratende Mitglieder

<input checked="" type="checkbox"/>	Fahrenberger	Obdachlosenb.
<input checked="" type="checkbox"/>	Duda	Vertr. Spätaussiedler
<input checked="" type="checkbox"/>	Weidner	Init.f.Völkerverständ.

Verwaltung

<input checked="" type="checkbox"/>	Freytag
<input checked="" type="checkbox"/>	Rampe
<input checked="" type="checkbox"/>	Joswig - von Bothmer
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	

Schriftführerin

Rempe

Gäste

<input checked="" type="checkbox"/>	Dirks-Isselmann
<input checked="" type="checkbox"/>	Martinet (beide Aufwind)
<input checked="" type="checkbox"/>	Nagel
<input type="checkbox"/>	(Kriminalkommissariat
<input type="checkbox"/>	"Vorbeugung"- Opfer-
<input type="checkbox"/>	schutzbeauftragte)

Stellv. stimmber. Mitglieder

<input type="checkbox"/>	Boley	CDU
<input type="checkbox"/>	Dahmen	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Ehrenstein	CDU
<input type="checkbox"/>	Fischer	CDU
<input type="checkbox"/>	Gerharz	CDU
<input type="checkbox"/>	Hans	CDU
<input type="checkbox"/>	Hepp	CDU
<input type="checkbox"/>	Hosmann	CDU
<input type="checkbox"/>	Klug	CDU
<input type="checkbox"/>	Köllejan	CDU
<input type="checkbox"/>	Küster	CDU
<input type="checkbox"/>	Meeth	CDU
<input type="checkbox"/>	Pohl	CDU
<input type="checkbox"/>	Poschmann	CDU
<input type="checkbox"/>	Pütz	CDU
<input type="checkbox"/>	Rau	CDU
<input type="checkbox"/>	Vetterling	CDU
<input type="checkbox"/>	Vogel	CDU
<input type="checkbox"/>	Richter	SPD
<input type="checkbox"/>	Berg	SPD
<input type="checkbox"/>	Blanke	SPD
<input type="checkbox"/>	Grafe	SPD
<input type="checkbox"/>	Jung, E.	SPD
<input type="checkbox"/>	Klein	SPD
<input type="checkbox"/>	Dr. Petran	SPD
<input type="checkbox"/>	Vilkman	SPD
<input type="checkbox"/>	Weesbach	SPD
<input type="checkbox"/>	Rashid (SK)	SPD
<input type="checkbox"/>	Eiben (SK)	SPD
<input type="checkbox"/>	Sass (SK)	Grüne
<input type="checkbox"/>	Bortlitz-Dickhoff	Grüne
<input type="checkbox"/>	vom Hagen	Grüne
<input type="checkbox"/>	Konertz	Grüne
<input type="checkbox"/>	Mäsgen	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/>	Dr. Tieke	Grüne
<input type="checkbox"/>	Weber	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/>	Brämer	FDP
<input type="checkbox"/>	Müller-Neimann	FDP
<input type="checkbox"/>	Pitz	FDP
<input type="checkbox"/>	Schmucker (SK)	FDP
<input type="checkbox"/>	Baule	fw/bVb
<input type="checkbox"/>	Mainzer	fw/bVb
<input type="checkbox"/>	Schmitz	fw/bVb
<input type="checkbox"/>	Strobl-Sauer (SK)	LINKE
<input checked="" type="checkbox"/>	Riedel	LINKE
<input type="checkbox"/>	Sauer	LINKE

Stellv. beratende Mitglieder

<input checked="" type="checkbox"/>	Wolf	Spätaussiedler
<input type="checkbox"/>	Saß-Blauhut	Init.f.Völkerverst.
<input type="checkbox"/>	Saidi	ABR
<input type="checkbox"/>	Yildirim	ABR

Tagesordnung

TO-Pkt.	Gegenstand	Vorlagen-Nr.
A) Öffentlicher Teil		
1	Niederschrift vom 19.01.2010	
2	Mitteilungen	
2.1	Parkerleichterungen für Menschen mit Behinderung	10/89 I
2.2	Häusliche Gewalt Bezug: SoMiA vom 19.01.2010, TOP 4.4 Referentin: Frau Nagel, Opferschutzbeauftragte, Kommissariat Vorbeugung	06/2010 a
3	Alzheimer-Selbsthilfegruppe AUFWIND hier: Vorstellung Referentin: Frau Dirks-Isselmann	
4	Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hier: Auswertung der Integrationskennzahlen / Integrationsplan der Stadt Brühl Bezug: IntA 15.03.10	12/05 j*
5	Anonyme Spurensicherung nach Sexualstraftat hier: Gleichstellungsbeauftragte Frau Joswig-von Bothmer Bezug: SoMiA vom 19.01.2010	
6	Erlass über die Zuweisung von Kontingentflüchtlingen hier: Sozialdezernent Freytag	
7	Antrag	
7.1	Einladung einer Fachkraft des Kreis-Gesundheitsamtes zum Thema „Alkoholmissbrauch“ in die nächste Sitzung des Ausschusses hier: Antrag der Ratsfraktion Grüne vom 15.04.2010	
B) Nichtöffentlicher Teil		
8	Mitteilungen	
8.1	Zuwendung aus Härtefonds Bezug: Anfrage Ratsherr Dr. Dahm (CDU) im SoMiA vom 19.01.2010 hier: Sozialdezernent Freytag	
9	Anfragen	
9.1	Vorträge / Referate im Ausschuss hier: Anfrage von sachkundigem Bürger Falkenstein (CDU)	

Vorsitzender Jung (SPD) begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die eingeladenen Referentinnen Frau Nagel, Opferschutzbeauftragte des Kommissariates Vorbeugung und Frau Dirks-Isselmann, Alzheimer-Selbsthilfegruppe „AUFWIND“.

Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig an alle Mitglieder verschickt wurde und fragt, ob diese Erweiterungs- und Änderungswünsche zur Tagesordnung haben.

-keine-

Er teilt mit, dass die Ratsfraktion „Die Grünen“ eine Anfrage nach Redaktionsschluss der vorliegenden Tagesordnung an ihn gerichtet habe. Die Anfrage liegt allen Mitgliedern vor.

A) Öffentlicher Teil

1. Niederschrift vom 19.01.2010

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 19.01.2010 werden keine Einwände und Bedenken von den Mitgliedern erhoben.

2. Mitteilungen

2.1 Parkerleichterungen für Menschen mit Behinderung. Vorlagen - Nr.: 10/89 I

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Ratsherr Stilz (CDU) bittet die Verwaltung darum, die in der Verwaltungsvorlage gegebenen Informationen durch einen Presseartikel der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Viele Menschen mit Handicap wüssten nicht, dass sie bestimmte Parkmöglichkeiten mit Verkehrsmitteln eingeschränkt nutzen können.

Sachkundiger Bürger Falkenstein (CDU) bittet darum, die Regelungen des bundeseinheitlichen Schwerbehindertenparkausweises (Farbe: orange) besonders darzustellen und bekannt zugeben.

Ratsherr Weitz (SPD) möchte wissen, wie viele Parkplätze für Behinderte, ausgewiesen durch das Symbol „Rollstuhlfahrer“, im Stadtgebiet von Brühl vorgehalten werden.

Sozialdezernent Freytag antwortet, dass ca. 189 Stellplätze für Menschen mit Behinderung ausgewiesen seien. Er sagt zu, eine neue Vorlage zum aktuellen Sachstand fertigen zu lassen.

2.2 Häusliche Gewalt

Bezug: SoMiA vom 19.01.2010, TOP 4.4

Referentin: Frau Nagel, Opferschutzbeauftragte, Kommissariat Vorbeugung

Vorlagen – Nr.: 06/2010 a

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.
Vorsitzender Jung (SPD) erteilt Frau Nagel, Opferschutzbeauftragte, Kommissariat Vorbeugung, das Wort.

Frau Nagel entschuldigt Herrn Wolff, der eigentlich zum Thema referieren sollte. Sie stellt kurz dar, welche Tätigkeiten Herr Wolff und sie bei der Kriminalprävention übertragen bekommen haben und erwähnt, dass Herr Wolff neben seiner Tätigkeit als Opferschutzbeauftragter auch als Beauftragter im Jugendschutz arbeitet. Ihr beider Aufgabenschwerpunkt liegt im Fortbildungsbereich, Vermittlung, und Gespräche mit Opfern zu führen. Sie sind nach dem Opferschutzgesetz verpflichtet, jede Tötlichkeit zur Anzeige zu bringen, auch wenn das Opfer der Anzeige nicht zustimmt.

Frau Nagel sagt, dass die Zahl der Delikte tendenziell steigt.

Abteilungsleiter Rampe (50/3) fragt nach, ob auch Tötlichkeiten gegen Kinder von der Statistik erfasst werden.

Frau Nagel antwortet, dass es unter häuslicher Gewalt alle Taten erfasst werden, die im direkten Wohnumfeld und im Beziehungsgeflecht geschehen, wie z. B. Beleidigung, Sachbeschädigung, Tötungsdelikte etc.

Sachkundiger Bürger Kirf (CDU) möchte wissen, ob Personen mit Migrationshintergrund gesondert erfasst werden.

Frau Nagel antwortet, dass keine gesonderte Statistik für diesen Personenkreis gibt.

Ratsherr Bohlken (fw/bvb) möchte wissen, weshalb die Taten nicht besser differenziert werden.

Frau Nagel sagt, dass die Dokumentation in der Aufgabenerledigung der Beratungsstellen steht.

Frau Nagel präsentiert während ihres Vortrags eine Statistik zur häuslichen Gewalt „Rhein-Erft-Kreis“ und eine zur häuslichen Gewalt „Kommunen“.

Anmerkung der Schriftführerin

Die Statistiken sind der Niederschrift im Anhang beigelegt.

Frau Nagel gibt bekannt, dass in Brühl die Anzahl der Delikte seit 2007 ansteigende Tendenz zeigen.

So wurden im Jahr 2007 53 Delikte, 2008 83 Delikte und 2009 89 Delikte zur Anzeige gebracht und aufgenommen.

Sie erklärt den Mitgliedern die Vorgehensweise im Verfahren:

- a) Strafanzeige stellen
- b) Vernehmung der betroffenen Personen
- c) Anhörung evtl. Zeugen
- d) Durchführung einer Recherche im Bezug auf gemachte Beschuldigungen.

Das Opfer erhält sofort Informationen über Hilfsangebote. Es wird auch gefragt, ob die ermittelten Daten an eine entsprechende Beratungsstelle weitergeleitet werden sollen.

Das Opfer hat die Möglichkeit, beim Familiengericht einen Antrag nach dem Opferschutzgesetz zu stellen. Hierin wird dann z. B. geregelt, wem die Wohnung überlassen wird, welche Möbel in der Wohnung verbleiben oder herausgegeben werden müssen.

Ratsherr Weitz (SPD) ist erstaunt über die Zahlen des Rhein-Erft-Kreises und den Anstieg der Fälle.

Frau Nagel kann das Phänomen der relativ stabilen Zahlen zur Wohnungsverweisung auf Nachfrage von Mitgliedern des Ausschusses nicht erklären.

Ratsherr Riedel (Linke) will wissen, wie hoch das Zwangsgeld für eine Wohnungsverweisung ist.

Frau Nagel gibt bekannt, dass 500,00 € zu zahlen sind.

Sie gibt zu, dass die Polizei es immer wieder erlebt, dass falscher Alarm ausgelöst wird. Wird die Polizei diesem Missbrauch gewahr, spricht diese eine Verwarnung gegen den Verursacher aus.

Frau Nagel erwähnt, dass der Tatbestand „Stalking“ tendenziell zunimmt. Die Taten in diesem Bereich fallen unterschiedlich massiv aus und sind für die Polizei nur schwer einzuordnen. Häufig findet man dann das sogenannte „Ex-Partner-Stalking“ vor, da sich hier die Partner hinsichtlich der Verhaltensweisen am besten kennen. Beim Stalking ändert das Opfer den Tagesablauf, um den Nachstellungen des „Stalking-Täters“ zu entgehen und sich zu schützen. Wenn eine Person einer anderen nachstellt, ist dieses Verhalten strafbar. Im allgemeinen Strafrecht spricht man von „Nachstellung“. Das Stalking-Opfer und die Polizei können eine einstweilige Anordnung auf Kontaktverbot beantragen und die Polizei kann dieses erteilen. Verstößt der Stalker gegen das Verbot, ist der Verstoß als Straftat zu bewerten.

Sachkundiger Einwohner Duda (Vertreter Spätaussiedler) möchte wissen, weshalb die Deliktdichte in manchen Städten größer ist.

Frau Nagel antwortet, dass dieses mit der Größe der Einwohnerzahl zu tun hat.

Sie beklagt, dass nur wenige Beratungsstellen, die im Rhein-Erft-Kreis angesiedelt sind, mit der Polizei kooperieren. Darüber hinaus stellt sie in ihrer Arbeit fest, dass die vorhandenen Beratungsstellen nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken. So berät im südlichen Erftkreis das Frauenforum, für den nördlichen Erftkreis die Frauenberatungsstelle Kerpen-Horrem; in Frechen ist kein Beratungsangebot vorhanden; in Pulheim können sich Betroffene an das Café „F“ wenden. Darüber hinaus haben Beratungsstellen auch schließen müssen, da die langfristige Finanzierung ausgeblieben ist.

Ratsherr Stilz (CDU) möchte wissen, ob die Delikte an Brutalität, nach Schließung der Beratungsstellen zugenommen haben.

Frau Nagel sagt dazu, dass es wichtig sei, niederschwellige Beratungsangebote vorzuhalten und die Beratung für die Betroffenen kostenlos anzubieten.

Sachkundiger Bürger Kirf (CDU) fragt nach, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kooperierenden Beratungsstellen Hausbesuche bei den Opfern durchführen.

Frau Nagel antwortet, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstellen personell nicht in der Lage sind, diesen Service anzubieten.

Ratsherr Riedel (Linke) bittet um Auskunft zur Situation der Frauenhäuser im Rhein-Erft-Kreis und möchte wissen, wo diese zu finden sind.

Frau Nagel sagt, dass die Frauenhäuser in ihrer Aufnahmekapazität begrenzt sind und unterschiedlich finanziert werden. Die Frauenhäuser kämpfen für die in den Häusern untergebrachten Frauen für einen einheitlichen Unterkunftspreis. Dieser ist regional sehr unterschiedlich. Den Standort des Frauenhauses darf sie zum Schutz der Frauen nicht bekanntgeben.

Ratsherr Simons (CDU) fragt, ob die vorhandenen Familienzentren sich ebenfalls mit der Problematik der häuslichen Gewalt beschäftigen und sich dieser annehmen.

Frau Nagel antwortet, dass im Rhein-Erft-Kreis ein runder Tisch „Häusliche Gewalt“ vor einigen Jahren eingerichtet wurde, an dem u. a. Mitarbeiterinnen der Familienzentren mitarbeiten und teilnehmen. Sie wünscht sich darüber hinaus noch eine bessere Vernetzung unter den mit der Problematik beschäftigten Institutionen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Ratsherr Bohlken (fw/bvb) will wissen, ob mit der Institution „Weißer Ring“ zusammengearbeitet wird.

Frau Nagel sagt, dass mit dieser Institution eine Zusammenarbeit besteht.

Ratsherr Stilz (CDU) fragt, ob es eine Statistik zur häuslichen Gewalt gibt, die die Tötlichkeiten zwischen Frau als Verursacherin und Mann als Opfer widerspiegelt.

Frau Nagel erwidert, dass Männer sich allgemein schwerer tun, Anzeige zu erstatten und eine Beratungsstelle aufzusuchen.

Gleichstellungsbeauftragte Frau Joswig-von-Bothmer schaltet sich in die Diskussion ein und berichtet, dass 2001 25 am Thema interessierte Personen einen Gesprächskreis gegründet haben, in dem die Probleme vor Ort diskutiert werden sollten. Dieser Kreis hat wenig Effizienz für Brühl gebracht. Die vorhandenen Beratungsstellen arbeiten kreisweit, die Verständigung untereinander wird auf der Kreisebene geregelt. Sie erinnert die Mitglieder des Ausschusses daran, dass sie vor Jahren versucht habe, in Kooperation mit der Gebaue eine Wohnung für Frauen, die von Gewalterfahrungen betroffen sind, anzubieten. Von diesem Vorhaben sei sie aber wieder wegen der Lage der Wohnung abgekommen.

Joswig-von Bothmer sagt, dass Brühl eine Beratungsstelle bräuchte, die das Thema neutral betreut, da hier kein professionelles Netzwerk zu Stande gekommen ist. Sie hofft, dass bei den Mitgliedern des Ausschusses durch den Vortrag von Frau Nagel noch einmal ein Denkprozess in Gang gekommen ist, entsprechende Hilfsangebote zu unterstützen.

Frau Nagel sagt, dass bei häuslicher Gewalt die Kinder und Jugendlichen ganz stark betroffen sind und man diese bei der Bereitstellung und Vorhaltung von Hilfsangeboten bisher vernachlässigt hat, um das Erlebte zu verarbeiten. Für diese Zielgruppe wird derzeit ein Flyer entwickelt.

Im November 2010 erfolgt eine Fachtagung zum Thema „Erleben von häuslicher Gewalt bei Kindern und Jugendlichen“. Abschließend verweist sie auf das Info-Material, das sie zur Mitnahme ausgelegt hat. Nachdem keine weiteren Wordmeldungen mehr erfolgen, bedankt sich Vorsitzender Jung (SPD) für die von Frau Nagel gemachten Ausführungen.

3. Alzheimer-Selbsthilfegruppe AUFWIND
hier: Vorstellung
Referentin: Frau Dirks-Isselmann

Vorsitzender Jung (SPD) erteilt Frau Dirks-Isselmann, Initiatorin und Sprecherin der Alzheimer-Selbsthilfegruppe „AUFWIND“ das Wort.

Frau Dirks-Isselmann berichtet, dass die Selbsthilfegruppe seit 14 Jahren besteht. Die Selbsthilfegruppe hat kostenlos Räumlichkeiten vom Seniorenwohnheim Wetterstein für die Arbeit zur Verfügung gestellt bekommen. Die Gruppe wird vom Leiter des Hauses, Herr Hägele, in allen Belangen sehr gut unterstützt. Vom 15.03. – 20.03.10 hat im Rhein-Erft-Kreis erstmalig eine Woche zum Thema Demenz stattgefunden. In dieser Woche wurden 150 Veranstaltungen angeboten und durchgeführt. Alle Veranstaltungen wurden gut angenommen und besucht. Parallel zu dieser Woche war eine Ausstellung zum Thema Demenz im Rathaus A, Uhlstraße 3, zu sehen. Die Ausstellung wurde nach Eindruck und Meinung der Selbsthilfegruppe in Brühl nicht von der Bevölkerung so wahrgenommen, wie sich die Gruppe das vorgestellt und gewünscht hat. Es habe an der mangelnden Bekanntmachung in der Brühler Presse gelegen. Darüber hinaus wurde die Ausstellung einen Tag früher als geplant abgebaut. Die Selbsthilfegruppe hat sich zum Ziel gesetzt, langfristig niederschwellige Angebote zu schaffen. So besteht seit April 2008 ein Beratungs- und Betreuungsangebot bei der evangelischen Jakobus-Kirche-Brühl-Badorf (siehe Angebote der Selbsthilfegruppe im Flyer). Ein Betreuungsangebot kann jedoch nur durchgeführt werden, wenn ausgebildete Helferinnen und Helfer, eine 30-stündige Fortbildungsmaßnahme absolviert haben. Vor Kontaktaufnahme zu der erkrankten Person erfolgt eine Biographiearbeit. Die Helferinnen und Helfer erhalten eine monatliche Supervision. Mittlerweile konnte eine Honorarkraft für ein 4-stündiges Betreuungsangebot im Monat gewonnen werden. Diese erhält für ihre Tätigkeit 30,00 €. Die Arbeit mit den erkrankten Personen ist nur mit einem Mitarbeiterstamm von 10 Betreuungspersonen zu leisten. Eine Einzelbetreuung für Erkrankte für ein Kontingent von 2 – 5 Stunden wird ermöglicht. Seit 3 Jahren bietet die Selbsthilfegruppe jeden Dienstag im Rathaus B, Zimmer 208 in der Abteilung Soziales eine kostenlose Demenzberatung für Angehörige von Betroffenen in der Zeit von 10.00 – 11.30 Uhr an.

Es wurden im Jahr:

2007: 15 Beratungen
2008: 54 Beratungen
2009: 69 Beratungen

durchgeführt.

Durch die erfolgreich durchgeführte Demenzwoche ist der Beratungsbedarf von Angehörigen gestiegen. Die Selbsthilfegruppe betreibt eine intensive Öffentlichkeitsarbeit. So nimmt sie teil am Weltalzheimertag, Tag der Agenda, Tag der Selbsthilfe im Hürth-Park, Seniorentag im Ramada-Hotel, Brühl. Seit Sommer 2009 kann jeder Interessierte Informationen der Selbsthilfegruppe über die erstellte Homepage abrufen. Zur eigenen Fortbildung nimmt die Gruppe an Kongressen, Fachtagungen, Reha-Care-Messen; runder Tisch Rhein-Erft-Kreis; Arbeitskreis Gerontologie teil.

Frau Dirks-Isselmann teilt weiter mit, dass die gesamte Arbeit derzeit von sechs Frauen organisiert und ehrenamtlich geleistet wird. Diese kümmern sich um die zu erledigenden Büroarbeiten, Spenden, Ausschreibungen und Teilnahme an Wettbewerben. Die Arbeit wird unentgeltlich geleistet. Sie sagt, dass jedoch alle Frauen mit der Arbeit, die gerne von ihnen geleistet wird, an der persönlichen Belastungsgrenze angekommen sind.

Frau Dirks-Isselmann möchte sich selber ein wenig aus der Arbeit zurückziehen. Die Selbsthilfegruppe sucht deshalb langfristig dringend junge Nachwuchskräfte, die Freude an dieser Arbeit mitbringen. Da die Arbeit immer umfangreicher wird, fürchtet Frau Dirks-Isselmann, dass die Qualität und Quantität der Arbeit leidet, wenn die Gruppe keine Unterstützung erfährt. Die Arbeit sei nicht ohne weiteren Aufbau von Strukturen zu schaffen. Mit einem Brief an Bürgermeister Kreuzberg habe die Gruppe die derzeitige Situation geschildert und diesen um Unterstützung gebeten. So wurde u. a. darum gebeten, für die Beratungstätigkeit im Rathaus B einen PC zur Verfügung zu stellen. Der Antwortbrief des Bürgermeisters war inhaltlich für die Gruppe leicht enttäuschend.

Frau Dirks-Isselmann hofft nun durch ihren Vortrag im Ausschuss auf mehr Unterstützung für die Arbeit der Gruppe.

Vorsitzender Jung (SPD) bedankt sich für die Ausführungen von Frau Dirks-Isselmann und sagt, dass die Mitglieder ihr konzentriert zugehört haben.

Sachkundiger Bürger Kirf (CDU) sagt, dass er die Arbeit für unterstützenswert halte.

Ratsherr Stilz (CDU) meint, dass die Arbeit der Gruppe aner kennenswert ist. Er fragt, ob die Gruppe schon einmal versucht habe, mit Herrn Hägele, Seniorenwohnheim Wetterstein, eine noch engere Kooperation in der Arbeit einzugehen, Die Kräfte aus dem Haus könnten evtl für die Arbeit gewonnen werden.

Frau Dirks-Isselmann antwortet, dass es Gespräche in diese Richtung schon gegeben habe. Eine konkrete Entscheidung seitens des Hauses habe es allerdings zu keinem Zeitpunkt gegeben.

Abschließend teilt sie mit, dass die Kreissparkasse Köln die Arbeit der Selbsthilfegruppe kürzlich mit einer Spende in Höhe von 1.000,00 € bedacht hat.

4. Integration von Menschen mit Migrationshintergrund
hier: Auswertung der Integrationskennzahlen / Integrationsplan der Stadt Brühl
Bezug: IntA 15.03.2010
Vorlagen-Nr.: 12/05 j

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt die Vorlage des Bürgermeisters zur Kenntnis und verweist diese zur Entscheidung an den Rat.

-einstimmig-

Ratsherr Weitz (SPD) bittet die Verwaltung, zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, den Ausschuss aus der Beratungsfolge auszuschließen und Vorlagen zum Thema Integration ausschließlich vom Integrationsausschuss beschließen zu lassen. Die Stellung des Integrationsausschusses müsse gestärkt werden.

Sozialdezernent Freytag bittet die Mitglieder nochmals darum, in ihren Fraktionen nachzufragen, wer Interesse an der Mitarbeit der Prioritätensetzung von Handlungsfeldern hat. Dies sollte auf politischem Weg geklärt werden.

Ratsherr Stilz (CDU) meint, dass die Begriffe Integration und Migration in ihren Auswirkungen unterschiedlich zu betrachten sind und spricht sich weiter für die Kenntnisnahme von Vorlagen zum Thema Integration im Ausschuss aus.

Ratsfrau Dr. Tieke (Grüne) sieht im IntA die alleinige Zuständigkeit für das Thema „Migration“. Sie schlägt vor, den Begriff „Migration“ im hiesigen Ausschuss zu streichen.

Ratsherr Weitz (SPD) meint, dass Migration nicht Aufgabe der Politik sein kann, sondern mehr Integration.

Ratsfrau Dr. Franzioch-Immenkeppel (CDU) sagt, dass diesem Ausschuss sehr viel mehr verloren ginge, wenn das Thema hier nicht mehr diskutiert werden könne. Ihrer Meinung nach, gehen viele Schnittmengen verloren, wenn der Ausschuss nicht mehr die Möglichkeit hat über das Thema der Integration zu beschließen. Es entwickelt sich eine weitere, lebhafte Diskussion über die Zuständigkeit der Gremien im Thema. Es konnte jedoch kein abschließendes Meinungsbild gefunden werden und die Vorlage wird zur Abstimmung an den Rat verwiesen.

5. Anonyme Spurensicherung nach Sexualstraftat
Bezug: SoMiA 19.01.2010
hier: Frauenbeauftragte Joswig-von Bothmer

Gleichstellungsbeauftragte Joswig-von Bothmer teilt mit, dass sich die Gleichstellungsbeauftragten des Rhein-Erft-Kreises in Bergheim getroffen und beschlossen haben, eine Projektgruppe ins Leben zu rufen, zu der die Staatsanwaltschaft, das Frauenhaus, die Frauenbeauftragte des Rhein-Erft-Kreises, Frauenberatungsstelle, Rechtsmedizin der Uni Köln und die Opferschutzbeauftragten der Polizei eingeladen werden sollen. Sie habe sich bereit erklärt, die Gruppe weiter zu leiten und zu moderieren.

6. **Erlass über die Zuweisung von Kontingentflüchtlingen**
hier: Sozialdezernent Freytag

Sozialdezernent Freytag teilt mit, dass es keine landesweite Zuweisung von Kontingentflüchtlingen mehr gibt. Ebenso ist diese Quotenregelung in der Aufnahme für Kommunen aufgehoben. Die Kontingentflüchtlinge haben freie Wohnortwahl.

7. **Anfragen**

7.1 **Einladung einer Fachkraft des Kreis-Gesundheitsamtes**
zum Thema „Alkoholmissbrauch“ in die nächste Sitzung des Ausschusses
hier: schriftliche Anfrage der Ratsfraktion „Grüne“ vom 15.04.10

Die Anfrage der Fraktion „Grüne“ vom 15.04.10 liegt allen Mitgliedern in Kopie vor.

Vorsitzender Jung bittet die Verwaltung tätig zu werden.